

KOLUMBIEN

Darstellung der Situation

Kolumbien ist ein 1,14 Millionen km großes Land mit Atlantik- und Pazifikküste. Es ist reich an landschaftlicher Vielfalt in verschiedenen Klimazonen, Biodiversität (12% weltweit), Wasser (7.Stelle weltweit) und Bodenschätzen (u.a Kohle, Erdöl). Die etwa 48 Millionen Einwohner leben mittlerweile vorwiegend in Städten, was zum einen der Landflucht auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen geschuldet ist, zum anderen den gewaltsamen Vertreibungen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt.

Kolumbien gilt als Land mittleren Einkommens. Der Reichtum und die Lebenschancen sind jedoch extrem ungleich verteilt. So sind z.B. im Department Chocó 70,5% der Bevölkerung arm und 41 % leben in extremer Armut. Ein großer Teil der Arbeitenden hat keine Anstellung. So betätigen sich 51 % der Arbeitenden in der 13 Großstadtgebieten im informellen Sektor ohne jegliche formale Absicherung.

Kolumbien ist eine **Republik** mit einem formal demokratischen System. Der Präsident ist zugleich Staatsoberhaupt und Regierungsführer. Wirtschaftliche traditionelle Eliten sowie diejenigen, die durch den Drogenhandel reich geworden sind, haben in vielen Sphären großen Einfluss.

Die **extreme Ungleichheit** (Boden- und Machtkonzentration) und der mangelnde Wille der Oligarchie zu Reformen sowie politischer Teilhabe sind wichtige Faktoren für die Entstehung von Guerillabewegungen in den 60iger Jahren. Den bewaffneten Konflikt, der im Rahmen der US- Doktrin der Nationalen Sicherheit von Seiten der Streitkräfte insbesondere seit den 80iger Jahren auch mit Hilfe irregulärer Truppen (Paramilitärs) als „Aufstandsbekämpfung“ geführt wurde, nannte die Regierung später „Antidrogenkrieg“ und zuletzt „Kampf gegen den Terrorismus“. Kolumbien erhielt besonders seit dem „Plan Colombia“ (1999) massive Militärhilfe aus den USA und zeigt sich als Bollwerk der US- Interessen und neoliberaler Politik umgeben von Nachbarn, die einen autonomeren Weg suchen.

Jeglicher **bewaffnete Konflikt** betraf vorrangig die Zivilbevölkerung, die vor allem in den ländlichen Gebieten zwischen die Fronten geriet und in vielen Fällen durch Terror von ihrem Land vertrieben wurde. Mittlerweile zeigt sich, dass auf diesem geraubten Land oft Großplantagen (z.B. von Ölpalmen für Agrosprit) angelegt wurden oder Bergbauprojekte in Angriff genommen

werden. Durch eine spektakuläre Waffenabgabe (2003-2005) demobilisierten sich paramilitärischen Einheiten, die mafiösen Strukturen bestanden jedoch fort. Mehr als 60 hochrangige PolitikerInnen wurden der direkten Zusammenarbeit mit Paramilitärs angeklagt. Mittlerweile ist es auch von offizieller Seite anerkannt, dass die in großen Teilen des Landes operierenden bewaffneten Einheiten (Rastrojos, „Schwarze Adler“ etc) weiterhin bedrohen, vertreiben und morden und Territorien unter ihre Kontrolle zwingen. Seit 2012 finden Friedensgespräche zwischen der Regierung unter Präsident Santos und der FARC-Guerilla in Havanna statt, die bis März 2016 zum Abschluss gebracht werden sollen. Die Friedens- und Opferorganisationen, verfolgen engagiert den Friedensprozess. Sie haben sich Gehör verschafft und bringen sich ein mit vielen Vorschlägen für die Abkommen und deren spätere Umsetzung.

Menschenrechtssituation

- Es gibt 5,7 Millionen interne **Vertriebene** (12% der Bevölkerung).
- 6,6 Mio ha **Land** wurden geraubt oder unter Zwang verkauft.
Seit 2011 gibt es ein Opfer- und Landrückgabegesetz. Bis März 2014 wurden erst 20.000 ha Land zurückgegeben. Zwischen 2008 und 3-2014 wurden 66 Führungspersonlichkeiten, die sich einsetzten für Landrückgabe, ermordet. Die meisten Fälle blieben absolut straflos.
- Es gibt 102 **indigene Völker** (3,4%) mit 67 indigenen Sprachen. Ein großer Teil ist vom Aussterben bedroht, 63 % sind von Armut betroffen. Die meisten leben mitten im bewaffneten Konflikt. Zwischen 2002 und 2013 wurden 1644 Indigene ermordet und 88.500 gewaltsam vertrieben.
- **AfrokolumbianerInnen** (10,6%) sind besonders von Armut betroffen. Sie leben vorrangig in wenigen Regionen und leiden in besonderem Maße unter dem bewaffneten Konflikt und den Auswirkungen von Megaprojekten.
- Als **Entwicklungsmodell** werden vor allem Bergbau (Kohle 37% des Exportes nach Europa) und Ölförderung (40% des Exportes in die EU) sowie Energiegewinnung durch riesige Stauseeprojekte gefördert mit verheerenden Folgen für die betroffenen Bevölkerung und die Umwelt. Die vorgeschriebenen informierten Konsultationen bei der indigenen und afokolumbianischen Bevölkerung wurden nicht angemessen durchgeführt.
- Kolumbien hat eine aktive Zivilgesellschaft. **Soziale Proteste**, vor allem im Zusammenhang mit der Förderung von Erdöl, Kohle und Stauseeprojekten haben zugenommen, werden allerdings brutal bekämpft mit polizeilicher Gewalt, Militarisierung des ländlichen Raumes und

Auftauchen von paramilitärischen Gruppen sowie Kriminalisierung des Protestes.

- **Folter** wird vorwiegend von Sicherheitskräften und Paramilitärs angewandt, in 9% der Fälle auch von der Guerilla.
- In Kolumbien ist Diskriminierung und Gewalt gegen **Frauen** weit verbreitet. Auch im bewaffneten Konflikt wird Gewalt gegen Frauen als Waffe eingesetzt.
- Das gewaltsame **Verschwindenlassen** ist weiterhin eine Praxis sich unliebsamer politischer GegnerInnen zu entledigen. Allein 2009 waren es mehr als 18.000 Menschen.
- **MenschenrechtsverteidigerInnen** leben sehr gefährlich in Kolumbien, seien es GewerkschafterInnen, Mitglieder von kritischen NGOs oder sozialen Bewegungen, Führungspersonlichkeiten von Indigenen oder afrokolumbianischen Gemeinden, AktivistInnen für Rechte von Frauen oder LGBT, RechtsanwältInnen, RichterInnen oder JournalistInnen. 2013 gab es jeden Tag einen Angriff, jeden 4. Tag einen Mord, die Hälfte von ihnen in den letzten Jahren von Paramilitärs. 95% der Morde an MenschenrechtsverteidigerInnen bleiben straflos. Die Verantwortung dafür liegt beim Staat, der nur unzureichenden und nicht adäquaten Schutz bietet.

(Quellen: Fact-Sheets von Oidhaco)

Unsere Arbeit zu Kolumbien

Die **Kommission Solidarität Eine Welt** unterhält schon seit Beginn der 90iger Jahren **Kontakte zu** kolumbianischen **Nichtregierungsorganisationen**, zunächst vor allem zu Organisationen der Verschleppt- Verschwundenen und **FEDEFAM**, deren Dachverband auf lateinamerikanischer Ebene. Link: <http://desaparecidos.org/fedefam/>

Die Friedensarbeiterin Christine Klissenbauer arbeitete von 2000 bis 2002 für pax christi in der Erdölstadt Barrancabermeja/Kolumbien in einer marginalisierten Gemeinde. Hautnah erlebte sie wie paramilitärische Kommandos in die Stadt eindringen und durch Bedrohungen, Morde, und Verschwindenlassen von Menschen

Terror ausübten. Sie berichtete über die Situation und begleitete engagiert die Opfer der Gewalt und deren Familienangehörigen. Mutig zeigte sie

mit kirchlichen und anderen engagierten Gruppen u.a. der OFP (Frauenorganisation) die Übergriffe an.

Die Kommission begleitet weiterhin eine **pax christi Gruppe**, die dort entstanden ist und in einem Armenviertel Kindern und Jugendlichen eine Anlaufstelle bietet und sich im Bereich Menschenrechts engagiert.

Es besteht auch ein lebendiger Kontakt zu einer christlichen befreiungstheologisch orientierten Gruppe „**Gemeinschaft ohne Grenzen**“ sowie mehreren NGO und sozialen Organisationen vorrangig in Medellín und Umgebung, wo ein weiteres Mitglied der Kommission mehrere Jahre im Bereich Konfliktbearbeitung und Friedensförderung gearbeitet hat.

Unsere Kommission beobachten intensiv die Menschenrechtssituation in Kolumbien, schreibt Urgent Actions und informiert über die Situation. Sie ist vernetzt mit anderen Gruppen und beteiligen sich an gemeinsamen politischen und kulturellen Veranstaltungen.

Unsere Kommission ist **Mitglied in der Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien**. Aufgrund der Erfahrung, dass ihre PartnerInnen zunehmend bedroht oder ermordet und in ihrer Arbeit eingeschränkt wurden, haben auch kirchliche Hilfswerke wie Misereor und Brot für die Welt die Notwendigkeit erkannt, sich dem Thema Menschenrechte zu widmen. Gemeinsam gründeten sie 1994 mit pax christi, Terres des Hommes u.a. die Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien. Diese beobachtet die Menschenrechtssituation in Kolumbien, macht Menschenrechtsverletzungen hier öffentlich, informiert PolitikerInnen, erstellt Berichte und koordiniert Rundreisen und Veranstaltungen. Die angebundene Fachstelle unterhält eine WeBSITE (www.kolko.net). Wir sind in ständigem Austausch mit Vertreterinnen des Dachverbandes von Nichtregierungsorganisationen im Menschenrechtsbereich (Coordinación Colombia- Europa- Estados Unidos) und dem der sozialen Organisationen (ALIANZA). In diesen koordinieren sich mehrere Hundert kolumbianische Organisationen und nehmen gemeinsam Stellung zu Menschenrechts- und Friedensthemen. Diese greifen wir in unserer Arbeit auf.